

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 15.03.2007

Vorlage Nr. 07-F-01-0024

Kraftwerksneubau auf der Ingelheimer Aue / Vertretung der LHW im Aufsichtsrat der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 07.03.2007/09.03.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet vom Oberbürgermeister, von seinem Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG zurückzutreten, da er den einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (Beschluss-Nr.: 0058 vom 08.02.2007) zu einem dreimonatigem Moratorium in der Frage eines Kraftwerksneubaus weder im Aufsichtsrat noch in der Hauptversammlung vertreten und umgesetzt hat.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass der Oberbürgermeister durch seine übereilte Festlegung auf den Neubau eines Kohlekraftwerkes das berechtigte Interesse der städtischen Gremien und der Wiesbadener Öffentlichkeit an einer umfassenden Information und ergebnisoffenen Diskussion unterlaufen und damit zum Nachteil der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger gehandelt hat.

Gemeinsamer Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 15.03.2007

Der Antragstext soll gemäß § 37 GO wie folgt abgeändert werden:

1. Der erste Absatz wird gestrichen.
2. Im zweiten Absatz werden die *Worte „stellt fest, dass der Oberbürgermeister durch seine übereilte Festlegung auf den Neubau eines Kohlekraftwerkes“* gestrichen und ersetzt durch die Worte **„bestätigt ihren Beschluss vom 8.2.2007 und ist der Auffassung, dass“**.
3. Des Weiteren werden im zweiten Absatz die Worte *„unterlaufen und damit zum Nachteil der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger gehandelt hat“* gestrichen und ersetzt durch die Worte **„bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats der KMW durch ihre Festlegung auf den Neubau eines Kohlekraftwerkes auf der Ingelheimer Aue keine Berücksichtigung gefunden hat“**.

Demnach erhält der zweite Absatz folgende, geänderte Fassung:

„Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt ihren Beschluss vom 8.2.2007 und ist der Auffassung, dass das berechtigte Interesse der städtischen Gremien und der Wiesbadener Öffentlichkeit an einer umfassenden Information und ergebnisoffenen Diskussion bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats der KMW durch ihre Festlegung auf den Neubau eines Kohlekraftwerkes auf der Ingelheimer Aue keine Berücksichtigung gefunden hat.“

Beschluss Nr. 0132

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 07.03. / 09.03.2007 betr.

Kraftwerksneubau auf der Ingelheimer Aue

wird in der Fassung des gemeinsamen Änderungsantrages der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 15.03.2007 in folgender Form angenommen:

Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt ihren Beschluss vom 8.2.2007 und ist der Auffassung, dass das berechnigte Interesse der städtischen Gremien und der Wiesbadener Öffentlichkeit an einer umfassenden Information und ergebnisoffenen Diskussion bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats der KMW durch ihre Festlegung auf den Neubau eines Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue keine Berücksichtigung gefunden hat.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2007

**Dieser Beschluss ist in das Beschluss-
management aufgenommen.**

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .03.2007

1. Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat III und VIII mit der Bitte
um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister